

Stadt Gerolzhofen
Frau Erste Bürgermeisterin
Irmgard Krammer
und an die Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates
97447 Gerolzhofen

Gerolzhofen, 25. Sept. 2010

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

hiermit stellen wir den Antrag, der Stadtrat möge nachstehende Resolution beschließen:

Resolution gegen Laufzeitverlängerung in Grafenrheinfeld

Der Stadtrat der Stadt Gerolzhofen appelliert an die Bundeskanzlerin, an den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, an die Fraktionen im Deutschen Bundestag, an die Abgeordneten der Region und an den bayerischen Ministerpräsidenten, die derzeit geltende Laufzeit des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld nicht zu verlängern. In jedem Fall ist bei einer Verlängerung der Laufzeit von kerntechnischen Anlagen eine Einzelfallprüfung unter besonderer Betrachtung der sicherheitstechnischen Voraussetzungen durchzuführen.

Begründung der Dringlichkeit

Die Bundesregierung hat eine Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke um 8 bis 14 Jahre beschlossen. Für das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld ist eine Laufzeitverlängerung um 14 Jahre bis zum Jahr 2029 beabsichtigt. Das dazu erforderliche Gesetzgebungsverfahren soll alsbald im Bundestag durchgeführt werden. Wenn der Stadtrat in diesem Gesetzgebungsverfahren Gehör finden will, muss er sich umgehend zu der Problematik äußern.

Begründung des Resolutionsinhaltes

Die Resolution ist eine Stellungnahme der Stadt Gerolzhofen zu den Bestrebungen, die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke zu verlängern. Die Stadt Gerolzhofen möchte aufgrund ihrer Betroffenheit durch das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld mit der Resolution Einfluss auf die Meinungsbildung im Gesetzgebungsverfahren zur Laufzeitverlängerung nehmen. Die Resolution findet ihre Begründung in dem Gefährdungspotenzial, welches für die Stadt Gerolzhofen wegen der Nähe zum Standort von dem Atomkraftwerk Grafenrheinfeld ausgeht. Die Resolution beschränkt sich auf die Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld, in dessen Gefährdungsbereich die Stadt Gerolzhofen liegt. Außerdem behindert der Fortbestand der Atomkraftwerke den eingeleiteten erforderlichen Strukturwandel im Energiebereich. Zahlreiche kommunale Unternehmen und kleine EVUs haben im Hinblick auf das absehbare Auslaufen der AKW-Technik in Kraftwärme-Kopplung und erneuerbare Energien investiert oder Investitionen vorbereitet.

Das 1981 in Betrieb gegangene Atomkraftwerk Grafenrheinfeld genügt nicht mehr den heute an einen Neubau zu stellenden Sicherheitsanforderungen. Insbesondere muss auf den mangelnden Schutz gegen den Absturz von Flugzeugen und gegen terroristische Angriffe hingewiesen werden. Mindestens in diesen beiden Punkten hat sich die Gefährdungseinschätzung seit der Inbetriebnahme so wesentlich erhöht, dass man von einem Wegfall der ursprünglichen Beurteilungsgrundlage ausgehen kann.

Das vor 29 Jahren in Betrieb genommene Atomkraftwerk Grafenrheinfeld ist wie jede technische Anlage mit zunehmender Betriebsdauer auch störanfälliger. Das beweist die Störanfälligkeit der älteren deutschen Atomkraftwerke, die aus diesem Grund bereits vom Netz genommen werden mussten. Angesichts der besonderen Gefährdungssituation ist eine weitere Gefahrzeitverlängerung und damit Erhöhung des Gefährdungspotenzials des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld nicht zu verantworten.

Die Stadt Gerolzhofen setzt statt auf eine Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld auf die zukunftsweisenden und -sichernden Maßnahmen hinsichtlich Energieeffizienz, Energiebedarfsminderung, Nutzung vorhandener Potentiale, der Verwendung von hocheffizienten Techniken und den Einsatz von erneuerbaren Energieträgern. Entsprechend hat sich die Stadt Gerolzhofen bereits selbst in die Pflicht genommen, indem sie ihre CO₂-Emissionen durch Dämmmaßnahmen an Gebäuden, Modernisierung von Heizungsanlagen, Anschluß eigener Gebäude an eine geplante Nahwärmeversorgung und durch die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf stadteigenen Dächern deutlich reduziert.

Die Resolution ist in entsprechender Form in den betroffenen Städten Würzburg, Schweinfurt und Landshut und in den Landkreis-Gemeinden Bergtheinfeld, Schwebheim, Gochsheim und Sennfeld beschlossen worden.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Gandziarowski

Roland Marschall

Ludolf Kneuer

Thomas Vizl